

Schiersteiner Zeitung

Amts-Blatt.



Anzeigen-Blatt für Schierstein und Umgegend
(Schiersteiner Anzeiger) — (Schiersteiner Nachrichten) — (Schiersteiner Tagblatt)
(Schiersteiner Neues Nachrichten) — (Niederwallener Zeitung)

Anzeigen
haben die einpaltige Kolonelleile
der deren Raum 50 Bfg.
Kosten 100 Bfg.
Bezugspreis
monatlich 180 Bfg., mit Bringer-
un 200 Bfg. Durch die Post
monatlich 200 Bfg. 6.00 Bfg.
zusätzl. Postkosten
Lieferung für auswärtige Zei-
tungen werden zu Original-
preisen vermittelt.

Nummer Nr. 584.

Postfachkonto Frankfurt (Main) Nr. 16681.

Erscheint: **Dienstag,**
Donnerstag, Samstag
Druck und Verlag:
Probst'sche Buchdruckerei
Schierstein.
Verantwortlicher Schriftleiter
Wilhelm Probst, Schierstein.

Telefon Nr. 584

Nr. 67.

Donnerstag, den 10. Juni 1920.

28. Jahrgang

Der neue Reichstag.

Der heisse Parteikampf um die Gunst der Wähler liegt hinter uns und hat der alten Koalition das Geheiß gegeben. Von 460 Sitzen konnten die koalitierten Parteien nur 220 erringen. Darin und in den Folgen der Tatsache liegt das politische Ergebnis der Reichstagswahl.

Das Ministerium Müller hat aus dem Wahlergebnis die Konsequenzen gezogen und dem Präsidenten die Gesamt-Demission des Kabinetts überreicht. Für die verantwortlichen Parteiführer gibt es jetzt nur zwei Wege zu gehen, das nicht ausschließlich vom Parteipunkt betrachtet werden darf. Bei allen Dingen sind die Interessen des Volkes durch den langen Krieg und die Revolution todtanken Staats und das Wohl der Gesamtheit im Auge behalten werden. Das liegt in der Verantwortung der Koalition. Sie müssen sich nach links oder nach rechts hin, entweder in Richtung der Unabhängigen oder der Deutschen Demokraten. Das erste wird die Sozialdemokratie erreichen, das zweite werden die Demokraten und das Zentrum erreichen. Es scheint ausgeschlossen, daß die Unabhängigen an einer Regierung teilnehmen, in der die Demokraten oder Zentrumvertreter sitzen; wie die Wahrscheinlichkeit besteht, daß Demokraten und Zentrum sich vom Zusammenarbeiten mit den Unabhängigen irgendwelchen Nutzen für unser politisches und wirtschaftliches Leben versprechen. Die Unabhängigen sind sehr auf Opposition und Demagogie eingestellt, daß eine wirkliche Regierungsarbeit von ihnen zu erwarten ist. Ließe nur eine Verbreiterung der Koalition durch Aufnahme der Deutschen Demokraten. Geradezu unannehmbar hat sich die Sozialdemokratie bisher gegenüber der Koalition verhalten, und besonders der Reichstagsführer Müller hat in den letzten Wochen in seinen Reden mehrfach entsprechende Erklärungen gegeben. Es fragt sich nun, wie die Sozialdemokratie, die doch immer den Kern der deutschen Arbeiterbewegung, ihre Aufgabe im neuen Reichstag aufstellt. Sie ist in die Opposition geht und mit den Unabhängigen in der Armee den aus der Vorkriegszeit her gewohnten Kampfs gegen die „Bourgeoisie“, die „eine Klasse“, neu aufnimmt, einen Machtkampf, der aber ungleich fanatischer, ungleich rücksichtsloser geworden wäre als früher, dann stehen wir in Deutschland im inneren Kampfe, deren Umfang, Charakter und Ausmaß heute noch gar nicht zu übersehen sind, dann ist eine Zeit der politischen und wirtschaftlichen Unruhe, die auch nach außen hin gegenüber der Entente Folgen haben müßte. Findet sich aber ein Weg, die Sozialdemokratie mit der Deutschen Demokratischen Partei unter einer Koalitionshut zu bringen, nach ihrer Kampfrichtung nach links hin gegen die Unabhängigen zweifellos schärfer werden, und die Gegensätze zwischen der Arbeiterklasse werden gewiß nicht vermindert werden. Wird leugnen, daß die Situation für die Sozialdemokratie sehr schwierig ist; aber noch ernster, noch gefährlicher ist sie für das gesamte Vaterland. Der Ausbruch der Wahlen, wodurch gerade die Mittelparteien links und rechts entsprechend gestärkt wurden, schafft eine politische Lage, wie sie schwieriger und verworrener nicht geworden kann. Es bedarf eines ungewöhnlichen Ausmaßes an fester Ueberzeugung, gutem Willen und tatkraftvoller Entschlossenheit der verantwortlichen Männer, um die Gefahr durch die Gefahren dieser Stunde glücklich zu überwinden.

Das amtliche Gesamtergebnis.

Die Reichswahlleiter sind nach einer Meldung aus Berlin nachfolgende Ergebnisse eingegangen. Berücksichtigt haben gewählt 25 719 077. Davon entfielen die Sozialdemokraten 5 531 157, die Unabhängigen 4 869 862, Deutschnationale 3 638 851, Deutsche Demokratische Partei 3 456 131, Zentrum 3 500 800, Demokraten 1 509, Christlich-Sozialistische Liste (Bayerischer Bauern- und Christliche Volkspartei) 1 254 963, Kommunisten 199, Deutsch-Französischer 318 104. Auf Grund des Wahlergebnisses sind 418 Abgeordnete zu wählen und zwar 92 Sozialdemokraten, 58 Zentrum, 36 Deutschnationale, 59 Deutsche Volkspartei, 11 Unabhängige, 2 Kommunisten, 4 Bauernbund, 5 Christlich-Sozialistische und 21 der Christlich-Sozialistischen. Bei der Berechnung ergab sich, daß von 418 Stimmen über 30 000 je ein Mandat auf Sozialdemokraten, Deutschnationalen und Christlich-Sozialisten fiel.

Am 10. Juni verteilten sich die restlichen Stimmen wie folgt: 11 157 Soz., 20 000 Zentr., 22 509 Dem., 8851 Deutschnat., 16 131 D. Volksp., 9862 Unabhängige, 15 963 Frödenkisten, 18 104 D. Hannoveraner, 318 199 Komm., 37 518 Wirtschaftsbund für Stadt und Land. Unter Hinzuziehung der Abgeordneten der Abstammungsgebiete ergab sich, daß der neue Reichstag aus 460 Abgeordneten bestehen wird. Die Mandate verteilen sich folgendermaßen: Sozialdemokraten 110, Zentrum 67, Demokraten 45, Christl.-Sozialisten 21, Deutschnationale 66, Deutsche Volkspartei 61, Unabhängige 80, Kommunisten 2, Bauernbund 4, Deutsch-Französischer 5.

Der Zusammentritt.

Der neue Reichstag wird aller Voraussicht nach am 26. oder 27. Juni einberufen werden. Dieser Zeitpunkt kann jedenfalls als der früheste Zusammentritt in Frage kommen. Bei den gegenwärtigen Schwierigkeiten der Kabinettsbildung glaubt man, daß die Verhandlungen zur Neubildung des Kabinetts möglicherweise sich noch bis zum Anfang Juli hinzuziehen werden.

Die Regierungsbildung.

Aus politisch-parlamentarischen Kreisen erfahren wir, daß nach dem Wahlausfall die einzig mögliche Regierungsbildung die folgende wäre: Deutsche Volkspartei, Zentrum (verstärkt durch bayerische Volkspartei), Demokraten und Mehrheitssozialisten. Alle anderen Kombinationen sind bei den bestehenden Schwierigkeiten als glatt unmöglich zu bezeichnen. Ohne Mehrheitssozialisten ist eine Koalition kaum denkbar. Auf der anderen Seite können die Sozialisten keine Regierung bilden. Es sei denn, daß Unabhängige, und Mehrheitssozialisten durch die Demokraten verstärkt würden. Diese Lösung kann nicht in Frage kommen. Regien bemüht sich aber, die Unabhängigen davon zu überzeugen, daß eine Arbeiterregierung mit Einschluß der Vertreter der christlichen Gewerkschaften die naheliegende Möglichkeit sei. Dies dürfte aber am Widerstande nicht nur der Unabhängigen, sondern in erster Linie auch des Zentrums vollkommen scheitern.

Die Verhandlungen.

Wie uns aus Berlin berichtet wird, werden die Parteiführer am Freitag zu Verhandlungen über die Regierungsbildung zusammenzutreten. Zwischen Unabhängigen und Mehrheitssozialisten ist bereits eine Verständigung eingeleitet. Die Demokraten und das Zentrum, sowie die Deutsche Volkspartei dürften erst am Freitag zu der geschehenen Lage Stellung nehmen. Reichspräsident Ebert will Mitte nächster Woche die Parteiführer zu der Frage der Regierungsbildung zu sich berufen. Bis dahin wird er sich erst darüber entschlossen haben, wen er mit der Kabinettsbildung beauftragen wird.

Die Unabhängigen.

Von maßgebender Seite wird uns aus Berlin gemeldet, daß bei den Unabhängigen große Reizung besteht sich an der Regierungsbildung zu beteiligen. Die wesentlichen Schwierigkeiten liegen jedoch in der Faltung des sehr starken linken Flügels, der unbedingt in der Opposition verharren will. Angesichts des Wahlergebnisses rechnet man in unabhängigen Kreisen trotz der ausgesprochenen Reizung zur Regierungsbeteiligung kaum mit der Möglichkeit, daß die Unabhängigen nicht in eine Regierung eintreten können, in der auch bürgerliche Parteien vertreten sind, zumal sie den Mehrheitssozialisten immer den Vortritt gemacht haben, sich mit bürgerlichen Parteien in eine Regierung gesetzt zu haben. Ende dieser Woche werden die Unabhängigen ihre Forderungen formulieren, wobei sie ausprechen werden, unter welcher Bedingung sie bereit sind, in ein Kabinett einzutreten.

Die Kommunisten.

Die Kommunisten werden im neuen Parlament als schärfste Opposition im Rahmen der früheren Liebknechtischen Methode auftreten und zwar kann als ihr bedeutendstes Haupt Frau Clara Zetkin gelten, die eine ausgezeichnete Rednerin ist, in ihren geistigen Fähigkeiten jedoch Frau Rosa Luxemburg um sehr vieles nachsteht.

Dr. Wirths Ansicht.

In einer Ansprache, die Reichsfinanzminister Dr. Wirth am Abend des Wahltages in Freiburg hielt, sagte er u. a., eine Neubesetzung des Reichstages sei abzulehnen, weil dies ein Unglück für das Vaterland bedeute. Die Mehrheitssozialisten ständen jetzt vor der Entscheidung, ob sie demokratische oder radikale Politik treiben wollten. Das erstere sei nur möglich, wenn auch beim Zentrum aufrichtige ehrliche demokratische Politik getrieben werde. Auf das Wort des Zentrums müsse sich

jede Partei verlassen können. Er verneine nicht, das eine reaktionäre Welle über Deutschland hinweggehe. Dr. Wirth erörterte dann die Möglichkeit einer Verbreiterung der Basis der Koalition zum Beispiel durch den Beitritt der deutschen liberalen Volkspartei, die von den Sozialdemokraten abgelehnt werde, da sie zu einer Spaltung dieser Partei zu führen geeignet sei und zu einer Verstärkung der Unabhängigen. Das Zentrum sei bereit, als starker Stützpfeiler auch in Zukunft dem Vaterland zu dienen.

Stimmenzerplitterung.

Die Christliche Volkspartei hat in Rheinland-Westfalen in fünf Wahlkreisen insgesamt 76 000 Stimmen aufgebracht, erhält aber trotzdem kein Abgeordneten-Mandat für den Reichstag. Das Wahlgesetz schreibt nämlich vor, daß einem Reichswahlvorschlag höchstens die gleiche Zahl der Abgeordnetenstimme zugeteilt werden kann, die auf die ihm angeschlossenen Kreiswahlvorschläge entfallen sind. Da aber die Christliche Volkspartei in keinem Wahlkreis 60 000 Stimmen aufbringen konnte, kann sie auch aus der Reichswahlliste kein Mandat erhalten, geht also vollständig leer aus. Ähnlich ergab es den Polen und Kommunisten. Erstere haben ebenfalls 76 000 Stimmen erhalten. Die Kommunisten dagegen, die 395 000 Stimmen aufweisen, können trotzdem nur ein Mandat aus der Reichswahlliste bekommen, weil auf ihren Kreiswahlvorschlag nur ein Mandat entfiel. Daraus geht hervor, daß allein bei diesen drei Parteien 487 000 Wählerstimmen nutzlos abgegeben worden sind. Ein Grund mehr, der gegen die kleineren Sonderparteien spricht.

Französische Stimmen.

In den französischen Zeitungen liegen heute die ersten Betrachtungen über das Ergebnis der Reichstagswahlen vor. Das „Echo de Paris“, das führende Blatt der französischen Imperialisten, schreibt:

„Die Niederlage der Koalition sieht jedenfalls außer Zweifel. In Deutschland ist kein Platz für die Regierung der Ordnung und der Demokratie, an deren Existenz man uns seit dem Waffenstillstand hartnäckig glauben machen wollte. Wer überlegen wollte, hat das vorausgesehen. Selbst die Gläubigsten müssen auf ihre Illusion verzichten. Die ganze Frage besteht darin, zu wissen, ob die vorgebliche Deutsche Republik in einer militäristischen oder kommunistischen Diktatur enden wird. In Frankreich fürchtet man mehr die militäristische Gefahr, in England mehr die Gefahr der Anarchie. Das endgültige Wahlergebnis wird den bisherigen Eindruck bestätigen, daß unsere Verfassung begründet ist: Die reaktionären Parteien bleiben zu mächtig in Deutschland, als daß es klug wäre, die Bedingungen zu mildern, welche die Alliierten festgesetzt haben zur Entwaffnung Deutschlands.“

Der „Temps“ sieht den nämlichen Kuf aus: „Die Einschränkung der deutschen Armee ist dringender als je notwendig, weil der Geist ihres Offizierskorps gefährlicher wird, als er jemals war.“

Der nationalistische „Lyoner „Novelliste“ zieht aus den Wahlen den Schluß, daß die Furcht vor der deutschen Revolution die bürgerlichen Massen der Reaktion zugezogen habe. Er gibt aber auch zu, daß die bisherige Koalitionsregierung dadurch geschwächt war, daß sie den Versailles-Friedensvertrag hatte unterzeichnen müssen. Der Sozialdemokratie sei es nicht gelungen, die Verprechungen zu erfüllen, die sie der Landbevölkerung gegeben habe. Sie habe in Deutschland wie überall bewiesen, daß sie nur zerstören könne aber unfähig sei, wieder aufzubauen.“

Neuwahlen im Herbst?

Berlin, 10. Juni. Reichspostminister Sieberts äußert sich ausführlich zu dem Ausfall der Wahlen. Er ist der Auffassung, daß eine Regierungsbildung unmöglich sei. Jede Koalition werde bald verschwinden. Infolgedessen wäre es angebracht, den bisherigen Koalitionsparteien die Regierung zu belassen und für den Herbst Neuwahlen auszusprechen.

Zur Tagesgeschichte.

Der neue bayerische Landtag.

Der neue bayerische Landtag wird folgende Zusammensetzung haben: Mehrheitssozialisten 25 (bisher 61), Unabhängige 19 (bisher 3), Kommunisten 2 (bisher 0), Bayerische Volkspartei 65 (bisher 66), Deutschnationale 11 (bisher 25), Bauernbund 12 (bisher 16), Deutsche Volkspartei und Deutschnationale 25 (bisher 9). In Bayern haben 926 847 sozialistische Stimmen 1 030 000 bürgerlichen Stimmen gegenüber. Die Beteiligung an der Wahl ist gegen 1919 um eine halbe Million zurückgegangen.

Wenn in Bayern Demokraten und Mehrheitssozialisten nicht in die Regierung eintreten, so bleibt die Regierungsbildung der Bayerischen Volkspartei, dem Bauernbund und den Deutschnationalen überlassen, die zusammen über 98 Mandate, also weitaus die Mehrheit verfügen.

Präsidentenwahl in Braunschweig.

Wie die „Braunschweiger Neuesten Nachrichten“ melden, gingen nach dem Vorgange in Gotha auch in Braunschweig die Unabhängigen, die Mehrheitssozialisten und die Demokraten bei der Präsidentenwahl zusammen und wählten mit 35 Stimmen gegen 22 des Landeswahlverbandes, in welchem die rechtsstehenden Parteien vereinigt sind, den Unabhängigen Besenmeier zum Präsidenten des Landtages. Die stattfindende Regierungsbildung wird sich voraussichtlich auf der gleichen Basis abspielen.

Die Reichswehr.

Havas meldet: Vor fünf Tagen hat die deutsche Regierung den Verbündeten eine neue Note zugehen lassen, in der sie erklärt, daß es ihr unmöglich sei, bis zum 10. Juli die Stärke der regulären Armee auf den im Friedensvertrag von Versailles festgesetzten Stand von 100.000 Mann zu ermäßigen. Sie verlangt, daß die gegenwärtige Stärke der Reichswehr von 200.000 Mann für die Dauer bestehen bleibe. Hierzu bemerkt das „Echo de Paris“, daß die Mächte in San Remo bereits ein ähnliches Ansinnen erhalten und darauf mit dem an Deutschland gestellten Verlangen geantwortet hätten, seinen Verpflichtungen nachzukommen; für die Folge würde man dann sehen, ob in Anbetracht immer noch schwieriger Lage eine größere Militärmacht genehmigt werden könne. Bejahendenfalls würde Deutschland die Erlaubnis erhalten, zwar nicht seine regulären Heeresbestände über das im Friedensvertrag von Versailles festgesetzte Maß zu erhöhen, sondern die Polizeitruppe zu vergrößern. Kürzlich habe nun der militärische Rat von Versailles diese wichtige Frage geprüft und sich ebenfalls in diesem Sinne ausgesprochen. Die alliierten Mächte würden die eingenommene Haltung nicht aufgeben.

Die Entschädigungssumme.

Die ausländische Presse beschäftigt sich in letzter Zeit wiederholt mit der Entschädigungssumme, die Deutschland an die Entente zahlen könne. Sie hat dabei als feststehend angenommen, daß die deutsche Regierung bereit und in der Lage sei, 100 Milliarden Goldmark zu entrichten. Dazu schreibt die „Deutsche Allg. Ztg.“: Wenn Deutschland sich bereit erklärt hat, Zahlungen bis zur Höchstsumme von 100 Milliarden Mark zu leisten, so ist dies nur unter der Voraussetzung geschehen, daß die territorialen Opfer Deutschlands über die Abtretung von Elsaß-Lothringen, der unbestreitbar polnisch besiedelten Gebiete, der Provinz Posen und der vorwiegend dänischen Gebiete Schlesiens nicht hinausgehen würden. Durch die weiter geforderten Abtretungen sind die wirtschaftlichen Voraussetzungen der Erklärung vom 29. Mai 1919 grundlegend verschoben worden. Das Deutsche Reich, das der Versailler Friedensdelegation vorschwor, besteht nicht mehr. Der Versailler Vertrag hat die Wirtschaftskraft Deutschlands entscheidend geschwächt. Infolgedessen kann auch von einer Aufrechterhaltung der seinerzeit angebotenen Entschädigungssumme nicht mehr gesprochen werden.

Die Finanzkonferenz in Brüssel.

Die alliierten Regierungen sind offiziell benachrichtigt worden, daß Amerika an der Finanzkonferenz in Brüssel teilnehmen werde.

Italien Stellung erneut gefährdet?

Der „Secolo“ betont, daß die Haltung der Sozialisten in der Währungsfrage zweifellos eine Rückwirkung auf die parlamentarische Lage haben wird. Die Stellung des neuen Kabinetts Italiens am Vorabend der Wiederaufnahme der parlamentarischen Arbeiten sei eine sehr schwierige. Der „Corriere della Sera“ sagt, es sei nicht ausgeschlossen, daß, nachdem die Konferenz von Spa auf den Monat Juli verschoben worden ist, die Kammer schon zu Beginn der parlamentarischen Arbeiten sich gegen die Regierung aussprechen habe.

Schloß Damerow.

Ein Familienroman von Erich Knapp.

30]

(Nachdruck verboten.)

Onkel Heinrich fuhr bald darauf nach Belonken ab. Auch Dellmut verabschiedete sich von der lebenswürdigen Familie, nachdem ihm das Versprechen abgenommen, Neuhoß öfter zu besuchen.

Als er im Wagen saß, galt sein letzter Gruß, sein letzter Blick der anziehenden Mädchengestalt, die an der Seite ihrer Mutter lehnte und Abschiedsworte spendete.

Weissenstein, ein erst in der letzten Zeit in Aufnahme gekommener Luftkurort, lag etwa 600 Meter hoch im Gebirge. Lungen- und Nervenranke stellten das Hauptkontingent der wirklich Leidenden, die von dem gesunden Bergklima Besserung oder Heilung erhofften. Die Mehrzahl der Besucher indes bestand aus Sommerfrischlern, die aus der Residenz oder den umliegenden Orten herkamen. Die Besuchsziffer hatte bereits die Tausend überschritten.

Die Lage des Dorfes ließ nichts zu wünschen übrig: bewaldete Berge ringsum schützten den Kranken vor heftigen Winden. Die Wälder traten an der einen Seite dicht an das Dorf heran; an der anderen Seite schlängelte sich ein flacher Talabwärts. Schöne Spaziergänge lockten den Wanderer hinaus in die Umgebung.

Zu den Sehenswürdigkeiten, die gern besucht wurden, gehörte der Tierpark des Fürsten D., mit den prächtigen Damhirschen, Säuen und allerlei Hochwild, sowie der Wasserfall auf der Schwedenhöhe, in dessen Nähe ein verlassener Steinbruch lag. Unweit des Steinbruchs stand, weitab von allen übrigen Ansiedlungen, an einer Klippe ein kleines Gasthaus, das sich „Zum einsamen Felsen“ nannte, im Volksmunde inoffiziell den Namen „Alpennschürre“ führte. Früher war das Gasthaus nur auf die Kundschaft der Forstleute, Kohlenbrenner und Waldarbeiter angewiesen; seitdem sich Weissenstein aber zum Kurort aufgeschwungen hatte, waren die Räume für die Gäste zu eng geworden, so daß der spekulative Wirt sich genötigt sah, einen größeren

Der Lohnabzug.

Die Bestimmungen über die vorläufige Erhebung der Einkommensteuer durch Abzug vom Arbeitslohn, die mit dem 25. Juni in Kraft treten, besagen im einzelnen: Bei jeder Lohnzahlung hat der Arbeitgeber 10 v. H. des Arbeitslohns zu Lasten des Arbeitnehmers einzubehalten. Soweit die Auszahlung des Arbeitslohnes aus einer öffentlichen Kasse erfolgt, gilt diese als Arbeitsgeber. Arbeitslohn im Sinne der Verordnung ist jede in Geld oder Geldeswert bewirkte einmalige oder wiederkehrende Vergütung für Arbeitsleistungen, insbesondere Gehälter, Besoldung, Löhne, Löhnen, Gratifikationen, Bartegelber, Ruhegehälter, Pensionen. Der Wert von Naturalbezügen ist zur Bemessung des einzubehaltenden Betrags mit dem Betrag anzurechnen, der sich aus den Tarifvereinbarungen ergibt. Jeder Arbeitnehmer hat sich für das Rechnungsjahr 1920 von der Gemeindebehörde seines Wohn- oder Beschäftigungsortes eine Steuerkarte ausstellen zu lassen. Für den einzubehaltenden Betrag hat der Arbeitgeber Steuermarken in die Steuerkarte des Arbeitnehmers einzulegen und zu entwerfen. Die Steuermarken werden von den Postämtern verkauft. Die Anrechnung der im Rechnungsjahr 1920 eingelebten Steuermarken auf die in diesem Jahre zu entrichtende Einkommensteuer findet erst nach der endgültig nach Ablauf des Kalenderjahres 1920 vorzunehmenden Veranlagung statt, es sei denn, daß dem Arbeitnehmer ein Steuerforderungsschein über die 1920 vorläufig zu entrichtende Einkommensteuer zugesandt wird. In diesem Falle kann der Arbeitnehmer die eingelebten Steuermarken auf die zu entrichtende Steuer an Zahlungsstatt geben. Das Landesfinanzamt kann auf Antrag des Arbeitgebers zulassen, daß eine Vermeidung von Steuermarken unterbleibt und daß die Einzahlung des durch den Arbeitgeber einbehaltenen Betrags in bar oder durch Überweisung auf das Konto bei der für den Arbeitnehmer zuständigen Steuerbehörde erfolgt. Für die Einbehaltung und Entrichtung des zehnprozentigen Abzugs vom Arbeitslohn haftet dem Reich neben dem Arbeitnehmer der Arbeitgeber als Gesamtschuldner.

Allerlei Nachrichten.

Eine Überraschung.

Nach Mitteilungen des „Matin“ wurde seitens der Direktion der Militärjustiz angeordnet, alle deutschen Staatsbürger, die nach dem 10. Januar 1920 verhaftet wurden, in Freiheit zu setzen, einerlei unter welcher Anklage sie stehen und wie weit die Voruntersuchung geschritten ist. Eine Revision der Strafverfahren gegen die überhaupt Verhafteten auch vor dem 10. Januar soll später erfolgen.

Außer Deutschland.

Der „Welt Parisien“ meldet: Die augenblicklich unter dem Vorsitz von Melke tagende landwirtschaftliche Konferenz hat den Beschluß gefaßt, die Angehörigen aller bisher im Kriegszustand mit der Entente befindlichen Länder außer Deutschland zu dem im nächsten Jahre stattfindenden Kongress einzuladen.

Die sibirischen Gefangenen.

Nach einer Londoner Meldung erklärte Ransen einem Mitglied des „Observer“, in Sibirien befänden sich wahrscheinlich noch 170 bis 180.000 Kriegsgefangene. Einige Tausend davon in Turkestan, deren Heimkehr die größten Schwierigkeiten verursache. Im übrigen verkehren trotz des Mangels an Eisenbahnmateriale regelmäßig Züge mit Kriegsgefangenen zwischen Moskau und Harbin. Die Behandlung der Kriegsgefangenen in Rußland lasse nichts zu wünschen übrig.

Polnisch-russischer Krieg.

Neuer meldet: Der erbitterte Kampf zwischen der polnischen und der bolschewistischen Armee an der Vercina dauert fort. An dem Brückenkopf von Bobrinsk hat sich eine große Schlacht entwickelt, an der mehrere polnische und russische Armeen beteiligt sind.

Attentat auf Lenin?

Ein Kuntentelegramm der „Dena“ aus Moskau

Holzbanbau errichten zu lassen, der mehrere kleine, gemauerte Zimmer enthielt. So kam es ganz von selbst, daß sich in dem Gasthaus „Zum einsamen Felsen“ sehr schnell eine feste Stammkundschaft aus der Zahl der Sommerfremden entwickelte.

Auch Herr v. Hohenau hatte Gefallen gefunden an dem idyllisch gelegenen Häuschen. Gewöhnlich lehrte er nachmittags ein, um sich von den anstrengenden Touren auszurufen — las in einer Ecke des Hinterzimmers die Tageszeitung und trat erst am Abend den Heimweg zum Dorf an, wenn er nicht an einem kleinen Spiele sich beteiligte. Mit seiner etwas nachlässigen Toilette, dem wenig gepflegten Bart und dem schlaffen Mienspiel machte er den Eindruck eines Gelehrten, der sich überarbeitet hat.

Das traf in der Tat zu. Erwin von Hohenau war nach Neuherrungen, die er hier und da hatte fallen lassen, Geologe und, mit der Herstellung eines wissenschaftlichen Werkes beschäftigt, kurz vor dessen Vollendung körperlich und geistig zusammengebrochen. Die Bediensteten hatten sich seiner annehmen müssen, da ihm jede Energie, jeder Eigenwille abhanden gekommen war. Sie sorgten für eine Spezialbehandlung in einem großen Sanatorium, in welchem er mehrere Monate zubrachte. Bedeutend gebessert wurde er dann als Rekonvaleszent in die Berge gesandt. Die freie Zeit, die ihm hier im Ueberfluß zur Verfügung stand, benutzte er zu Exkursionen in die Felsentrümmer der Umgebung. Er logierte in dem angesehensten Hotel des Kurorts, im Gasthof „Zum schwarzen Adler“.

Es war in den letzten Tagen des August, als Hohenau auf einem seiner Spaziergänge von einem etwa gleichaltrigen Herrn angerufen wurde, den er schon in seinem Hotel häufig kennen gelernt hatte.

„Nehmen Sie mich mit, Herr von Hohenau. Ich vermute, daß Sie den Wasserfall aufsuchen, denn der schmale Weg hier hat ja wohl kein anderes Ziel.“

Hohenau wandte sich um. Er begrüßte den Ankömmling sehr herablassend.

„Ah! Sie, Herr Hinrichsen! Ihre Vermutung ist richtig. Ich will heute in die Nähe des Wasserfalls. Aber Ihre andere Annahme trifft nicht zu: der Steig hat zwischen dem Unterholze noch einen Ausläufer,

meldet, daß auf Lenin ein neues Attentat geplant sei. Ein Soldat hat auf ihn einen Schuß feuert und ihn an der Hand verletzt. Der Schuß wurde verfehlt. Die bolschewistische Zeitung bestätigt die Nachricht.

Kleine Meldungen.

Berlin. Der preussische Minister für Kunst und Volksbildung hat verfügt, daß Studierende alle Gebühren nach den für Studierendenzugenden in Gold zu zahlen haben. Die Gebühren in Papiergeld erhöhen sich alle Gebühren doppelt.

Berlin. Der Reichspräsident hat seinen Kundgegeben die Angehörigen der Reichswehr zusammen gründen zu lassen. Einzelheiten werden nächsten Tagen bekanntgegeben.

Mannheim. Bis 9. Juni müssen zum Vertrag die badischen Garnisonen Freiburg, Bruchsal geräumt sein. Zwei kleine Formationen noch in Karlsruhe, über die die Konferenz in Scheiden wird.

Dresden. Eine neue sächsische Regierung steht unmittelbar bevor. Die demokratische sächsische Volkstammer ist in Beratungen über das Ergebnis der Wahlen eingetreten und ist entscheidenden Folgerungen zu ziehen, also aus der auszureiten. Voraussichtlich wird in Sachsen eine sozialistische Regierung gebildet werden.

Stockholm. Die Abstandsfrage hat die finnischen Beziehungen gekümmert. Zwischen den finnischen und schwedischen Regierungen fand ein Notenwechsel statt. Schweden für eine Volksabstimmung zur Lösung der Abstandsfrage, während Finnland seine Souveränitätsrechte angetastet haben will.

London. Im englischen Unterhause sprach George in Erwiderung auf eine Anfrage über die in Irland, es werde vielleicht nötig sein, die Straßbestimmungen gegen Verbrechen zu verschärfen, die gegenwärtigen, den gegenwärtigen Verbrechen und Mordmord zu unterdrücken.

London. Die „Daily News“ glauben, daß die alliierten Regierungen sich nicht selbst an den Geschäften mit Rußland beteiligen würden. In den Kaufleuten überlassen werden. Das Wirtschaftshandelsamt werde für den Augenblick keine des Handels mit Sowjetrußland vornehmen.

London. Neuer erzählt: Die Vertreter werden wahrscheinlich vor der Konferenz in London zusammenkommen. Die Konferenz bis 5. Juli verschoben.

Washington. General Pershing hat Staatssekretär des Meeres Vaker einen Brief in dem er um die Genehmigung nachsucht, sich in der Armee einige Monate zurückziehen, um sich einer weiteren Beschäftigung widmen zu können.

Aus dem besetzten Gebiet.

Saarbrücken, 8. Juni. Nachdem die letzten Zeit zwischen der französischen Regierung und den Bergarbeitern geführten Verhandlungen an den ringen Entgegenkommen der Verwaltung gescheitert ist die Möglichkeit eines Generalstreiks aller Bergarbeiter im Saargebiet in greifbare Nähe gerückt. Sollte die Bergarbeiterkommission nicht eine erfolgreiche Mission bezieht.

Saarbrücken, 8. Juni. Auf Einladung der Bergarbeiterkommission fand heute vormittag im Gerichtsgebäude eine Besprechung zwischen den Vertretern der Bergarbeiter und den Vertretern der Bergarbeiterorganisationen statt, um die Streitfragen zwischen den Organisationen und der Bergarbeiterkommission zu erörtern. Die Arbeitervertreter, daß sie zu weiteren Verhandlungen bereit sind, aber voraus, daß die Verhandlungen nicht mehr

der zur „Felsenjagd“ und zur „Waldwege“ wert.“ „Das ist mir neu. Habe bisher nichts davon gehört.“

„Kein Wunder. Der schmale Fußsteig liegt versteckt.“

„Habe Sie mittags gar nicht bemerkt.“ „Ich speise auf dem Zimmer. An der gemeinen Mittagstafel kann ich nicht teilnehmen, meistens bin ich zu Hause.“ Der Herr von Hohenau, die richtige Zeit innezuhalten, ist mir lästig.“

„Das begreife ich. Wer solch Interesse hat an Steinwelt, wie Sie als Geologe, der fragt viel nach Zeit. Man ist und trinkt, wenn einem der Schnur und wo man sich gerade befindet.“

„Haben Sie heute auch wieder den ganzen mittags am Fall zu tun?“ fragte Hohenau. „Ich habe heute auch wieder den ganzen mittags am Fall zu tun?“ fragte Hohenau. „Ich habe heute auch wieder den ganzen mittags am Fall zu tun?“ fragte Hohenau.

„Es kommt darauf an. Wenn die Väter hinführen, können sie die Unterhandlungen bis zum hinführen. Gehen sie auf meine Bedingungen ein, dauert es vielleicht drei bis vier Stunden.“

„Ich lehre im Felsenrestaurant ein.“ „Ah! Wie man hört, soll dort ein abgebranntes Zimmerchen vorhanden sein, wo das Auge der nicht hinführt.“ Er lachte herzlich.

Hohenau zwirkelte seine Schnurrbart hatte zierliche, weiße Hände. Ein goldener Ring, der fest in der Sonne aufblitzte, das am Finger seiner rechten Hand. Die Schlange, ihren, aus kleinen Smaragden bestehenden blühen. In ihren platten Kopf war eine kleine beintrone eingelassen, auf deren Deckel sich ein Kopf eingeschnitten befand.

„Kann man es dem Publikum so sehr zeigen, wenn es selbst die Naturköpfe auf die satt bekommt und sich zeitweise verbottene verschafft? Oder sind Sie anderer Meinung?“

„Gewahre! Ich spiele gern selber dann und

(Fortsetzung)

zogen werden. Die Stimmung der Bergarbeiter sei sehr ernst und eine Katastrophe unausbleiblich, wenn die Bergwerksdirektion auf ihrem absehbaren Standpunkt verharre. Der Regierungsausschuss könne sich mit der Bergwerksdirektion in Verbindung setzen, um die sofortige Wiederanbahnung der Verhandlungen zu ermöglichen.

Landau, 8. Juni. Vom französischen Polizeigeheimrat ist der Sekretär der Deutschen Volkspartei Torno von Ludwigshafen, der am 3. Mai in einer Wahlversammlung die beleidigende Ausdrücke gegen das französische Besatzungsheer gebrauchte, zu einer Gefängnisstrafe von einem Monat Gefängnis und 3000 Mark Geldstrafe verurteilt worden.

Firmasens, 8. Juni. Wie wir hören, trafen hier Delegierte des Reichsarbeitsministeriums und zwar des Reichsfinanzministeriums, des Reichsarbeitsministeriums, der Reichsfinanz-Versorgungsstelle und der Außenhandelsstelle hier ein, um mit der hiesigen Verwaltung und der hiesigen Industrie wegen der Arbeitslosigkeit und Beschaffung von Arbeit zu verhandeln. — Die Zahl der Arbeitslosen in der Stadt Firmasens ist in den letzten Tagen auf 6500 gestiegen.

Mainz, 9. Juni. Im Jähzorn mit der Wiggabel aufgespicht wurde die 31-jährige Haushälterin der Firma Tremmel in Laubenheim bei Mainz. Die Frau, die Krügerwitwe ist, übermittelte dem dort beschäftigten Tagelöhner einen Auftrag. Der Mann geriet darüber so in Wut, daß er eine Wiggabel nahm und der Frau von hinten durch den Hals stach. Sie liegt jetzt in schwerer Lebensgefahr darnieder.

Koblenz, 9. Juni. Wein- und Zucksteuer bei Abzug an Angehörige der Besatzungsarmee und der Rheinlandkommission. Der Reichskommissar für die besetzten rheinischen Gebiete teilt mit: Die Rheinlandkommission hat am 2. Juni einen Beschluß dahin gefaßt, daß die Zucksteuer, soweit sie nach § 15 des deutschen Umsatzsteuergesetzes vom 24. Dezember 1919 bei Herstellern erhoben wird, von den Angehörigen der Besatzungsarmee und der Kommission zu tragen ist. Dagegen wird für die Besatzungs- und Kommissionsangehörigen auf Grund des Art. 9 Absatz 1 des Rheinlandsabkommens die Befreiung von der Zucksteuer in Anspruch genommen, soweit es sich um die Kleinhandelssteuer nach § 21 des Umsatzsteuergesetzes handelt. Der gleiche Grundsatz wird für die Weinsteuer aufgestellt.

lokales und Provinzielles.

Schieffstein, den 10. Juni 1920.

Ernteschänerhebung. Im Interesse unserer Leser weisen wir auch an dieser Stelle auf die Bekanntmachung über die Anbau- und Ernteschänerhebung in diesem Jahre hin. Die Frist zur Anmeldung läuft mit morgen ab, eine besondere Veranordnung von Fragebogen erfolgt in diesem Jahre nicht. Mit Rücksicht auf die hohen Strafen kann verzögerte Anmeldung der angebauten Flächen an Roggen, Weizen, Gerste, Hafer und Kartoffeln nur dringend empfohlen werden.

Milchpreis. Das Bürgermeisteramt macht folgendes bekannt: Laut Mitteilung des Herrn Landrats darf für das Liter Milch ab Stall nicht mehr als der von der Regierung festgesetzte Höchstpreis von 1,50 Mk. gezahlt werden. Sollten die Landwirte weigern, zu diesem Preis die Milch abzuliefern, so ist die Regierung und der Landrat gezwungen, Zwangsmaßnahmen zu ergreifen.

Für 75 000 A. Strafbefehle wegen Milchpreiss. Die Kreisbauernschaft Höchst a. M. hat wegen Nichterfüllung ihrer Forderungen auf Erhöhung des Milchpreises von 1,50 auf 2 A. das Liter seit Montag die Milchlieferung eingestellt. Das Landratsamt hat infolgedessen, wie es den Bauern angedroht wurde, wegen des Streiks den Landwirten insgesamt 500 Strafbefehle über je 150 A. zugehen lassen. Es will ferner für jeden weiteren Streiktag pro Kopf die gleiche Strafe verhängen. Die Arbeiterchaft hat sich bereit erklärt, die Polizei in ihren Maßnahmen gegen die Bauern zu unterstützen. Die Folge dieses Vorgehens ist, daß die Bauern mit dem Verkauf ihrer Rube beginnen. So bietet die Kreisbauernschaft Unterliederbach bereits 25 Milchrube zum Verkauf aus.

Turnerisches. Der Mittelrheinkreis, der 9. Kreis der Deutschen Turnerschaft, zu dem auch der Gau Südbaden gehört, hat nach Bestandaufnahme vom 1. Januar 1920 nahezu seine frühere gewaltige Höhe in der Mitgliederzahl wieder erreicht. Er zählt in 1170 Vereinen 1278 Vereine. Um beinahe 95 000 Mitglieder hat der Kreis seit Jahresfrist zugenommen. Besonders bemerkenswert ist die rege Anteilnahme der weiblichen Bevölkerung an der gesunden Körperkultur des geregelten Turnens. Das Fraueturnen bricht sich immer mehr Bahn und die Erkenntnis wächst, daß eine gesunde Körperpflege auch für den weiblichen Teil unserer Bevölkerung ein unabwiesbares Bedürfnis ist. Recht erheblich ist der große Umfang der Anaben und Mädchenvereine. Dieser nach dem Krieg einsehende Aufschwung läßt die Deutsche Turnerschaft nach wie vor weit an der Spitze aller, die Körperkultur pflegenden Verbände marschieren; sie bietet mit ihrem erweiterten Turnplan, in den nun auch alle Zweige der Bewegungsspiele aufgenommen sind, jedem Wunsche der froh sich bewegenden Jugend vollste Möglichkeit zur Befriedigung.

Süßpflanzen wachsen und blühen jetzt wieder in Mengen auf Feldern und Wiesen. Da spielende Kinder gern Blüten pflücken und auch in den Mund nehmen, so ist den Eltern zu empfehlen, den Kindern die Hauptgiftpflanzen zu zeigen und zu erklären, damit sie sich vor ihnen in Acht nehmen können. Als solche Süßpflanzen kommen für unsere Wiesen in Frage: Gahnenfuß, Wollschmelze, Ringelblume, Nachschatten, Schellkraut und Küchenschelle. Man ist überhaupt gut daran, den Kindern zu verbieten, unbekannte Pflanzenteile oder Blüten in den Mund zu stecken. Schwere Erkrankungen unter Umständen mit tödlichem Ausgang können die Folge sein.

Der Gewerkschaftsbund der Angestellten, Ortsverband Biebrich, hält Freitag abend 8 Uhr eine außerordentliche Hauptversammlung im Schützenhof in Biebrich ab. Siehe die Anzeige in heutiger Nummer.

Preissturz. Wie gemeldet wird, dauert am holländischen Warenmarkt der Preissturz an. In Rotterdam sank dem „Courant“ zufolge der Engroßpreis für Kaffee und Kakao um 25 bis 30 Prozent. In Köln werden von amerikanischen und englischen Firmen Schuhwaren in bester Qualität für 130 bis 150 Mark angeboten.

Die Schuhpreise sinken, daran ist wohl auch kaum zu zweifeln. In Frankfurt sah man dieser Tage in einem „Salomander“-Schuhschneider ein Plakat mit der Aufschrift: „Unser Pfingstgeschenk: 20% Nachlaß!“ Und eine Wiesbadener Schuhfirma macht jetzt in riesigen Informatoren bekannt, daß sie bis auf Weiteres alle Schuhwaren mit 25% Rabatt abgibt. Die meisten Schuhgeschäfte werden allerdings mit einem empfindlichen Verlust zu rechnen haben.

Errichtung einer Verkehrsstelle der Reichskontrolle in Wiesbaden. Die Handelskammer zu Wiesbaden teilt mit: Interessenten, die ausländische Waren, für welche die nachträgliche Einfuhrbewilligung erteilt war, oder mit Einfuhrbewilligung der maßgebenden Stellen eingeführte Waren nach dem unbesetzten Gebiet versenden wollten, mußten bisher ihre Frachtbrieife an den Delegierten des Reichsbeauftragten für die Ueberwachung der Ein- und Ausfuhr, Köln-Ehrenfeld, Ruffhauserstraße 19, senden. Dieser Weg ist nunmehr wesentlich vereinfacht, da die in Wiesbaden vor kurzem errichtete Verkehrsstelle der Reichskontrolle zur Abstempelung der Frachtbrieife ermächtigt ist. Die Frachtbrieife sind zweckmäßig vormittags zwischen 8—9 Uhr vorzulegen und können alsdann zwischen 3—4 Uhr nachmittags, Sonnabends zwischen 1—2 Uhr, wieder in Empfang genommen werden. Sprechstunden des Leiters der Verkehrsstelle, Herrn von Koefer, sind vormittags von 10—11 Uhr. Die Gebühr für die Abstempelung der Frachtbrieife beträgt je 1 Mk. Die Geschäftsstelle befindet sich in Wiesbaden, Luisenplatz 3.

Höhere Schlachtviehpreise. Eine Verordnung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft sucht die Preise für Schlachtvieh den gestiegenen Produktionskosten besser als bisher anzupassen. Hiernach fallen die bisher den Landwirten als teilweiser Ausgleich gezahlten sogenannten Schlachtzuschläge, die infolge sinkender Schlachtviehpreise und Geflügelkosten nicht mehr befriedigen konnten, und der Mehrerlös aus den Häuten kommt dem Erwerber der Tiere zugute, der dafür dem Landwirt einen entsprechend höheren Preis zu zahlen in der Lage ist. Die Regierung erwartet von diesem Verfahren, das den Interessen der Viehzüchter gerecht zu werden sucht, eine wesentliche Verbesserung der Schlachtviehaufbringung. Auch die Schlachtviehpreise für Schlachtpferde sind längerer Zeit nicht mehr im Einklang mit den tatsächlichen Verhältnissen. Es ist daher durch eine Verordnung des Ministers ein erhöhter einheitlicher Mindestpreis für Schlachtpferde, nämlich 200 Mark für den Zentner Lebendgewicht, festgesetzt worden. Da die Bestimmungen über den Häutemehrerlös außer Kraft gesetzt sind, ist in den neuen Mindestpreis auch der Wert der Haut eingeschlossen. Um den Verbraucher vor Täuschung und Uebervorteilung zu schützen, ist ferner in Ergänzung der bisherigen Bestimmungen die Herstellung einer Mischwurst unter Vermengung von Pferdefleisch mit anderen Fleischarten verboten worden.

Früherer Geldüberfluß. Seit einiger Zeit stehen den Sparkassen wieder bedeutende Beträge zu. Diese sonst erstreckliche Erscheinung hängt diesmal in der Hauptsache mit der Absatzstörung im Warenhandel zusammen. Das amtliche Jahrbuch des Deutschen Sparkassenverbandes führt hierüber folgendes aus: „Wahrscheinlich sind bei den Sparkassen wieder Verhältnisse eingetreten, wie wir sie in den letzten Kriegsjahren und noch einige Zeit später gekannt haben. Der Geldzufluß hat einen Umfang angenommen, wie nie zuvor. Für April ist die Zunahme der Einlagen auf eine ganze Milliarde zu schätzen, also erheblich höher, als je im April erreicht wurde. Der Umschlag ist ganz plötzlich gekommen. Noch im März war die Zunahme ganz verschwindend gering und vorher fand allmonatlich ein Abfluß statt. Vorher das verurteilt, wissen wir nur allzu gut. Es handelt sich nicht um Expansionen im eigentlichen Sinne, sondern um Liquidationsvorbeuge. Die gewerkschaftlichen Betriebe verkaufen aus, neue Vorräte werden nicht mehr angeschafft — kurz, es sind wieder die früheren Verhältnisse, die einen Schein von Wohlstand hatten — aber einen falschen Schein. Wie lange diese Verhältnisse dauern werden, kann man nicht voraussagen. Sie müssen aber einmal ein Ende nehmen. Jedenfalls müssen die Sparkassen damit rechnen, daß plötzlich abermals ein Umschlag eintreten kann.“

Die Veteranen von 1870 haben eine kleine Aufbesserung erfahren. Sie erhalten jetzt zur jährlichen Veteranenbeihilfe von 150 Mark eine einmalige Beihilfe von 80 Mark. Einer Erhöhung der laufenden Beihilfe steht die schlechte Finanzlage des Reiches entgegen. — Nachdem man Militärenten für die Kriegsbefähigten des Weltkrieges aufbringt und aufbringen muß, hätte man die paar alten Veteranen über 70 Jahre auch ein wenig besser versorgen können.

Niederwalluf, 7. Juni. (Auszeichnung). Herrn Morz Viehweg, Mitinhaber der Firma R. Gröllig, Baumschulen, Niederwalluf, wurde für seine Tätigkeit auf wirtschaftlichem Gebiet in der Gemeinde Erbach von Seiten der Generalordenskommission zu Berlin durch Herrn Bürgermeister Koch das „Verdienstkreuz für Kriegshilfe“ überreicht. Eisernes Kreuz sowie Verw. Abzeichen sind schon länger in seinem Besitz.

Aus dem Rheingau, 8. Juni. Die Entschädigungen für die durch das letzte Hochwasser besonders hart mitgenommenen Rheingaugemeinden werden zurzeit durch die Reichsbehörden ausbezahlt. Zu den aus Reichs- und Staatsmitteln bereits verteilten 29000 Mark sind jetzt weitere 37000 Mark gekommen. Dieser Betrag soll in der Weise unter die in Betracht kommenden Gemeinden verteilt werden,

daß vorerst nur in den allerdringendsten Fällen den Geschädigten Beihilfen geleistet werden. Weitere Zuwendungen werden erwartet. Mit den ausbezahlten 66000 Mark ist etwa ein Fünftel des Gesamtschadens in den Rheingauorten gedeckt.

Frankfurt a. M., 7. Juni. In letzter Zeit mehrten sich die Fälle, daß Leute vor Gericht gegen die gegnerischen Rechtsanwälte tätlich vorgehen. Heute ging im Miet-einigungsamt ein angesehener Hausbesitzer mit einem Stuhl auf den Rechtsanwalt der Gegenpartei los. Er wurde dafür mit 200 Mark bestraft. Dem Verurteilten wurde zugute gehalten, daß er durch das aggressive Verhalten und die unwarhnen Äußerungen des Anwalts gereizt worden sei.

— Im Sommer und Herbst 1919 wurden in Hessen und Posen-Raffau ungezählte große Viehdiebstähle ausgeführt. Eine umfassende Untersuchung der beteiligten Polizeibehörden ermittelte als Täter und Helfer schließlich 30 Personen, darunter mehrere Direktoren von Krankenkassen, die das Vieh für ihre Betriebe erworben hatten. Als Haupttäter kamen mehrere Stallweizer hessischer Hofgüter, eine Anzahl Metzger und Metzger, u. a. auch der Pferdemezger Philipp Jamin aus Oberursel in Betracht. Den Ermittlungen zufolge hat die Gesellschaft folgende Diebstähle ausgeführt: Gut Leusdorf bei Stodheim, (Obern.) eine Kuh, Hofgut Gull (Obern.) 10 Schweine, Gut Stutenwald bei Bensheim zwei Ochsen, Straßheim bei Bensheim neun Schweine, Gut Engelthal bei Altenstadt (Obern.) zwei Kühe, Gut Hühnerhof bei Gelshausen vier Kühe, Gut Hasselbeck bei Bad Nauheim drei Kühe, Heilanstalt Herborn zwei Ochsen, Hohenwald bei Oberhöchstadt drei Kühe, Rehbach bei Michelstadt i. D. eine Kuh, Gut Maria-hall bei Sprendlingen vier Kühe. In allen Fällen wurden die an Ort und Stelle geordneten Tiere auf Lastautos fortgeschafft in den meisten Fällen zu Jamin nach Oberursel, der das Vieh dann zu hohen Preisen verkaufte. Bei der Heimfahrt von dem Viehraube in Mariahall wurde die Räuberbande abgefaßt und verhaftet. Damit hatten die aufsehenerregenden Diebstähle ein Ende erreicht. — Heute begann vor der hiesigen Strafkammer der auf 4 bis 5 Tage berechnete Prozeß gegen die Gesellschaft. Als Zeugen sind 25 Personen und eine Anzahl Sachverständiger geladen. Der Führer des Autos, mit dem das Vieh herangeholt wurde, ist flüchtig gegangen und hat seine Kaution von 5000 Mark im Stich gelassen.

Kleine Chronik.

Ein roter Held. Das Kriegsgericht Essen verurteilte den Stadtverordneten und Führer der U. S. W. Gustav Hammer wegen schweren Landesfriedensbruchs und räuberischer Erpressung zu sechs Jahren Zuchthaus. Er hatte die Rekrutierung für die Rote Armee organisiert, schamlose Erpressungen an dem 1. Bürgermeister in Duer und an Geschäftsbauern verübt, das Stadtoberhaupt verhaftet und andere Gewalttaten begangen.

Die Bonner Denkmalschänder bestraft. Wegen der Beubelung des Denkmals Kaiser Wilhelms 1. mit roter Farbe vor mehreren Wochen verurteilte die Strafkammer Bonn zwei junge Leute ohne Parteizugehörigkeit und zwei Mitglieder der unabhängigen Sozialdemokraten, sowie ein anderes Vorstandsmitglied dieser Partei zu je zwei Jahren Gefängnis.

Ein Abgeordneter als Schieber. Die Nachprüfung der Geschäfte des Arbeitslosen-ausschusses in Braunschweig hat ergeben, daß innerhalb des braunschweigischen Landgerichtsgebäudes Schiebergeschäfte betrieben wurden. Die Akten wurden der Staatsanwaltschaft zur weiteren Ermittlung übergeben. In der Angelegenheit soll auch ein Abgeordneter verwickelt sein. U. a. wurde festgestellt, daß vom Arbeitslosen-ausschuss, mit dessen Geschäftsführung er befreundet war, 50 000 A. Karbid, Zute, Papier, gewerbe u. dergl. vertrieben worden sind.

Eisenbahnerstreik. Die Beamten und Arbeiter der Braunschweiger Landesbahn, umfassen die Linien Braunschweig—Seesen und Braunschweig—Hallerleben sowie die Braunschweig—Schöningen—Eschersleben Eisenbahn, traten in den Ausstand. Sie fordern Reichsbefehl. Der Zugverkehr ist eingestellt. Es werden nur Milchzüge gefahren.

35 000 Mark Lohn für einen Stallober. schweizer. Der „Magdeburger Zeitung“ wird geschrieben: Im Landwirtschaftlichen Verein Bernburg teilte Domänenpächter Mahrenholz-Güsten zur Frage der Milchversorgung mit, daß man ihm jetzt den neuen Tarif vorgelegt habe, der für einen Oberschweizer 30 bis 36 000 Mark pro Jahr fordere. Daraufhin habe er an den Leiter des Landesernährungsamtes und an den Magistrat in Leopoldshall geschrieben, daß er zum 1. Juli die Milchlieferung einstellen müsse, weil bei solchen Löhnen „die Milch auf 5 Mark pro Liter zu stehen kommt. Der Betriebsrat der Domäne habe einfach erklärt, wenn die neuen Löhne nicht gezahlt würden, dann müsse der Kuhstall aufgelöst werden, obwohl sein Oberschweizer selber erklärt habe, diese Entlohnung sei viel zu hoch.“

Generalsstreik wegen Hungersnot. Das „Brauner Abendblatt“ meldet: Die Arbeiterchaft in den Bezirken Karlsbad, Elbogen, Jüllena, Genuß und Grassitz ist wegen Hungersnot in den Generalsstreik getreten.

Wettervorhersage für den 11. Juni.

Zunehmende Bewölkung, meist trocken, ziemlich warm.

Ämtliche Bekanntmachungen.

Betr. Milchablieferung.

U. Mitteilung des Herrn Landrats darf für das Liter Milch ab Stall nicht mehr als der von Regierung festgesetzte Höchstpreis von 1,50 Mk. gezahlt werden. Sollten sich die Landwirte weigern, zu diesem Preise die Milch abzuliefern, so ist die Regierung und der Landrat gezwungen, Zwangsmaßnahmen zu ergreifen.

Betr. Ernteflächenenerhebung im Jahr 1920.

Zwecks Durchführung der auf Grund der Verordnung vom 29. April 1920 angeordneten Erhebung der Getreide- und Kartoffel-Flächen werden die Anbauer von

Weizen,
Roggen,
Gerste,
Hafer,
Gemenge aus Getreide aller Art,
Kartoffeln

hiermit aufgefordert, die Meldungen über die Anbau-Flächen bis spätestens

Freitag, den 11. Juni ds. Js., vormittags 12 Uhr auf Zimmer 7 des Rathauses zu machen, und mache ich noch auf das Nachstehende aufmerksam.

Wer vorsätzlich die Angaben, zu denen er nach Ziffer 1 angeführten Verordnung oder den zu ihrer Ausführung erlassenen Bestimmungen verpflichtet ist, nicht oder wissentlich unrichtig oder unvollständig macht, oder wer der Vorschrift im § 5 Abs. 3 der Verordnung zuwider das Betreten der Grundstücke oder die Einsicht in die Geschäftsbücher verweigert, wird mit Gefängnis bis zu sechs Monaten und mit Geldstrafe bis zu zehntausend Mark oder mit einer dieser Strafen bestraft.

Wer fahrlässig die im Absatz 1 genannten Angaben nicht oder unrichtig oder unvollständig macht, wird mit Geldstrafe bis zu dreitausend Mark bestraft.

Um Einhaltung des Termins wird dringend ersucht.

Bekanntmachung.

Im Interesse der Vermeidung der Verbreitung der Maul- und Klauenseuche wird auf folgende Punkte besonders hingewiesen.

1. Die Seuche ist leicht übertragbar, namentlich durch die Kleider.
2. Alle Verdachtsfälle sind unverzüglich hierher anzuzeigen.
3. Als verdächtige Erscheinungen gelten: Speicheln, schlechtes Fressen, Lahmgehen.
4. Die Seuche befällt Rinder, Schafe, Schweine, Fiegen.
5. Es wird erwartet, daß jeder seine Schuldigkeit tut.

Unter den Schweinebeständen

1. des Ludw. Vint, Lehrstraße 24,
2. des Heinrich Henrich, Karlstraße 1

sind die Backsteinblättern ausgebrochen.

Ueber die Grundstücke wird die Gehörsperre verhängt.

Betr. Ausgabe von Fleisch.

In den hiesigen Metzgereien gelangen am Samstag 200 Gramm Spied zum Preise von Mk. 5,60 und 150 Gramm Corned-Beef zum Preise von Mk. 3,60, zur Ausgabe.

Als gefunden ist gemeldet:

Ein Halbstück.

Näh. auf Zimmer 1 des Rathauses.

Schierstein, den 10. Juni 1920.

Der com. Bürgermeister: K. J. J. J.

Bekanntmachung über die Brotversorgung.

Auf Grund des § 59 der Reichsgetreideordnung für die Ernte 1919 vom 18. Juni 1919 wird für den Landkreis Wiesbaden mit Ausnahme der Stadt Biebrich der Preis für Brot nach Kreisausschußbeschluss gegen die Verordnung vom 4. Mai 1920.

- a) bei Einheitsbrot 1900 Gramm 24 Stunden nach dem Baden von 4,30 Mk. auf 4,40 Mk.,
- b) Krankenbrot 800 Gramm Gewicht von 2,25 Mk. auf 2,30 Mk. erhöht.

Im übrigen bleibt die Verordnung bestehen.

Die Erhöhung des Brotpreises tritt am Samstag, dem 12. Juni d. Js. in Kraft, die Bäcker können also für die Brotarten der 44. Woche den Preis von Mk. 4,40 verlangen.

Wiesbaden, den 8. Juni 1920.

Namens des Kreisausschusses:
Der Vorsitzende:
J. B.: Schlitt.

Kaufe Altmaterial

Lumpen, gestrickt. Wollumpen, Papier zum Einstampfen und Zeitungen, Metall gef. Höchstpr.

J. Gauer, Wiesbaden, Helenenstraße 18.
Telefon 1832. Telefon 1823.

Atelier für mod. Photographie.

F. Stritter, Biebrich, Rathausstrasse 94.

Moderne Photos, Photoskizzen, Gruppenbilder
Heimaufnahmen, Vergrößerungen nach jedem Bild

Reisepassbilder in sofortiger Ausführung.

Aufnahme bei jeder Witterung, bis abends 6½ Uhr
Sonntags von vorm. 10 bis nachm. 6½ Uhr geöffnet

Bilanz per 31. Dezember 1919.

Activa:	Passiva:
1. Kassenbestand 92,02	1. Spareinlagen 4674,83
2. Darleh. a. Schuldschein 1435,00	2. Geschäftsguthaben 180,—
3. Genossenschaftsbant i. L. R. 2392,50	3. Reingewinn 25,—
4. Geschäftsanteile d. b. Genossenschaftsbant 800,00	
5. Zinsreste 101,20	Mitgliederbewegung:
6. Ertrag und Konto 167,21	Ende 1918 24.
7. Sparartenüberzahlung 1,40	Ab- und Zugang —
	Ende 1919 24.
4889,33	

Schierstein, den 8. Juni 1920.

Par- u. Darlehnskasse Schierstein e. G. m. b. H.
J. Wintermeier. H. Wintermeier.

G.D.A. Ortsverband Biebrich.

Freitag, den 11. Juni, abends punkt 8 Uhr,
im „Schützenhof“, Wiesbadenerstraße, Biebrich,

außerordentliche Hauptversammlung.

Tagesordnung:

1. Bekanntgabe des Schiedsspruches des Schlichtungsausschusses und Abstimmung darüber.
2. Verschiedenes.

Vollzähliges Erscheinen dringend erforderlich.

Der Vorstand.

Schmuck in jeder Form und Menge auch **Zähne kauft**

Brillanten für hohen **Preis!**

Bok Wiesbaden Kirchgasse 70. **Uhren**

D. S. B. Ortsgruppe Schierstein.

Morgen, Freitag, 8 Uhr,

Versammlung

Der Vorstand.



Schulranzen

Größte Auswahl.
Billigste Preise.
Offertiert als Spezialität.

A. Letschert, Wiesbaden, Faulbrunnensir. 10.



schwarz / gelb / braun / rotbraun
Alleinhersteller: Werner & Mertz, Mainz

Fussballverein 1908.

Am Samstag, dem 12. Juni, abends 8½ Uhr

Versammlung

bei Mitglied Bachmann.

Der Vorstand.

Kath. Kirchenchor.

Wir veranstalten am Sonntag, dem 13. Juni 1920 im St. Josefs Haus zu Biebrich eine

Familienfeier

bestehend aus Gesang, Theater und Tanz. Zur Herrlichung haben die vorigen Kirchensöhne ihre Mithilfe zugesagt. Anfang 3 Uhr. Sammelplatz für Fußgänger 2 Uhr am Tivoli.

Wir laden hiermit unsere unaktiven und aktiven Mitglieder sowie Familienangehörige und Freunde des Vereins ergebenst ein. Eintritt und Tanz frei. Getränke und Belieben.

Der Vorstand.

Achtung! Achtung! Große Kriegerwaisen-Lotterie

Ziehung 16. und 17. Juni 1920

Gewinnkapital: 100,000 Mk.

Hauptgewinn: 50,000 „

Hauptgewinn: 10,000 „

Lose empfiehlt und versendet zum Preise von Mk. 3,60, auch gegen Nachnahme.

Hubert Pörsch

Altona (Elbe), Hauptpost
Preussische Lotterie-Einnahme
Für Losehändler billigste Bezugsquelle, sämtliche Lose zu Tagespreisen.

Kann mir vielleicht jemand die Person nennen, die am Dienstag o. Mittwoch morgen das Heu im Distriktwege Neuberg geholt hat. Meldungen gegen Belohnung bei Joh. Haas, Friedrichstraße 3.

la Boll-Reis
vorzügl. Qualität
per Pfund 7,60

Macaroni
per Pfund 8,90

Feinste
Obst-Marmelade
per Pfund 4,50
Otto Fackert.

Schweinefutter
zu kaufen gesucht.
Zu erfragen in der Geschäftsstelle.

Schöne Buchenweiden
50 Stück 125 Mk.
Buchenweidenholz
Klafter 600 Mk.
frei Haus. Näheres bei
Jakob Jödel, Kirchstr. 10.

Saubere
Medizinflaschen
kauft
Jakob Weiss, Zeitstr.